

Reformen begleiten: KOPOFOR muss professioneller werden

Von Markus Gleichmann

Kein anderes kommunalpolitisches Thema wird aktuell mehr diskutiert als die kommende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Nach den Regionalkonferenzen der Landesregierung wurde der erste Entwurf des Leitbildes überarbeitet und im Dezember 2015 vom Kabinett gewürdigt. Auf die vielen Eingaben, Kritiken und Hinweise folgten entsprechende Änderungen. Es wurden weitere Partner, z.B. der Verein Mehr Demokratie, hinzugezogen, um offensichtliche Lücken auszufüllen. Damit erweiterte sich der Umfang des Leitbildes auf über 70 DIN-A4 Seiten.

Aktuell wird ein Vorschaltgesetz mit den Regelungen der Übergangszeit entwickelt, welches nach einer Freiwilligkeitsphase der Gemeindegebietsreform ab 1. Januar 2018 eine Umsetzung auch in Form von größeren Kreisen vorsieht. Hinzu kommt die höhere Gewichtung auf der Funktional- und Verwaltungsreform, die nach Bekanntwerden der Eckwerte im September 2015 leider in den Hintergrund getreten ist. Dabei stellt eine langfristig bessere und effektivere Verwaltung für die BürgerInnen einen wichtigen Anspruch dar. In dieser Reform wird die Entwicklung einer zweistufigen Verwaltung verankert, die eine grundsätzliche Aufgabekritik der Mittelbehörden und daraus resultierend eine Übertragung der Aufgaben auf kommunale oder ministerielle Ebene realisiert. In einer Aufgabenneuordnung wird die kommunale Ebene stark gestärkt und das Verhältnis zwischen Kreis und Gemeinde neu justiert. Dies bedeutet, dass es nach der Reform deutlich mehr Mitspracherecht und Verantwortung für die einzelnen Gemeinde- und Kreisratmitglieder geben wird.

Für das Kommunalpolitische Forum wird es, aus meiner Sicht, zwei Phasen geben. Der erste Teil stellt die Vermittlung aller Fakten an unsere MandatsinhaberInnen dar, die bis zum Abschluss der Reform den Prozess mit Diskussionen begleiten werden. Das beinhaltet auch die argumentative



Auseinandersetzung mit den durch die CDU aufgebauschten Protesten der Verwaltungsgemeinschaftsvorsitzenden und der Bürgermeister. Dazu bedarf es einer besseren Vernetzung unserer MandatsinhaberInnen miteinander und eine bessere Anbindung an die Landtagsfraktionen und die Landesregierung. Vor allem die Gemeinderäte in den kleineren Orten sind aktuell in einer schwierigen Lage. Ihnen fällt es augenscheinlich schwer, den Angriffen der Reformgegner effektiv inhaltliche Argumente entgegenzustellen.

Die lange Argumentationskette von der Notwendigkeit über die Verwaltungs- und Funktionsänderungen bis zur demographisch bedingten Gebietsreform lassen sich nicht in einfache Plattitüden pressen. Ängste vor dem Wegfall von Identität und Mitbestimmung sind dagegen einfach zu schüren. Aktuell sind in der Medieneinstellung nur die Gegner zu hören, dessen ordinäres Ziel es ist, mit der übersteigerten Kritik aus "ihren" Verbänden und ihrem jahrzehntelang aufgebauten Verwaltungsapparat Rot-Rot-Grün anzugreifen und zum Wanken zu bringen. Außerdem wird medial fast ausschließlich die Gebiets-

nicht aber die Verwaltungs- und Funktionalreform thematisiert. Doch auch DIE LINKE hat knapp 1.000 gewählte Kreis-, Stadt- und Gemeinderatsmitglieder. Deshalb ist es so wichtig, dass wir sie stärker und offener beteiligen, damit sie in der Lage sind, eine eigene Öffentlichkeitsarbeit zu realisieren.

Gleiches gilt für die zweite Handlungsphase. Die nach der Reform gesteigerte Verantwortung und die Stärkung der Entscheidungskompetenzen durch den fast vollständigen Wegfall des durch die CDU-Regierungen seit 1990 entdemokratisierten "übertragenen Wirkungskreises" setzt auch ein umfangreicheres Wissen um fachliche, verwaltungstechnische und organisatorische Grundlagen bei jedem einzelnen Mandatsinhaber voraus.

Für beide Phasen wird das Kommunalpolitische Forum Handlungswerkzeuge vorbereiten müssen, mit denen unsere Mitglieder für ihre tägliche kommunalpolitische Arbeit umgehen können. Diese bestehen aus allgemeinem Wissen, welches die vielfältigen monatlichen Veranstaltungen schon abdecken. Darüber hinaus muss das Kommunalpolitische Forum noch eine verstärkte vernetzende Kompo-

nente erfüllen, als es bislang der Fall war. Funktionierende regionale Aktionsgruppen, wie z.B. das seit 2015 bestehende Treffen linker Kommunalpolitiker in Ostthüringen (kurz LOK), zeigen, dass der Bedarf an Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch und konzentrierter Wissensvermittlung hoch ist. Die Erfahrungen sollten gebündelt und das Format so auch in anderen Regionen angeboten werden.

Neben den umfangreichen Büchern zur Kommunalpolitik sollten in Zukunft auch kurze, aber faktenreiche "Merkblätter" zu inhaltlichen Auseinandersetzungen erscheinen, um als Argumentationsratgeber den MandatsinhaberInnen zur Verfügung zu stehen. Generell müssen die Übertragungswege überprüft und verbessert werden. Die Internetseite des KOPOFOR könnte in Form einer "Diskussionsplattform" für unsere Mitglieder ein wirkliches "Forum" zum Austausch von Meinungen, Beschlussvorlagen und anderem Material werden.

Das Ganze funktioniert natürlich nur, wenn genügend Aktive einen Mehrwert in der Mitbeteiligung bieten. Bei der erwähnten Anzahl an MandatsinhaberInnen, die für die Partei DIE LINKE kandidiert haben, ist die aktuelle Mitgliederanzahl der natürlichen Personen deutlich zu gering, um eine wirkliche Breitenwirkung zu generieren. Im zweiten Halbjahr 2016 oder mit Beginn des Jahres 2017 wäre deshalb eine Mitgliederkampagne dringend ratsam.

Eine aktive Gemeinschaft, so wie es die vielen Kreis-, Stadt-, und Gemeinderatsfraktionen in Thüringen sind, kann viel erreichen. Ein kommunalpolitisches Bildungswerk, und das sollte der Anspruch sein, muss sich daher noch breiter und professioneller aufstellen. Die Herausforderungen der nächsten Jahre, allein im Bereich der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform, werden sehr umfangreich sein und noch viele Generationen von Mandatsträgern beschäftigen. Es ist auch die Aufgabe des KOPOFOR, dass sich dieser Schritt langfristig positiv auszahlt.

Bild: Archiv KOPOFOR

In dieser Ausgabe:

Seite 2:

Fragen zur Gebietsreform:
Frank Kuschel stand im Landratsamt Altenburger Land Rede und Antwort.

Seite 3:

Mobil sein auch mit wenig Geld:
Sozialticket auch bei knappen Kassen? Berichte aus Weimar und Jena.

Seite 4:

Inklusion in den Kommunen:
Erfolge sind nur mit hauptamtlichen Mitarbeitern zu erzielen.

Frank Kuschel beantwortete Fragen zur Gebietsreform

Von Ralf Plötner

Der Kabinettsbeschluss Kommunales Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ war Anlass für DIE LINKE. Kreistagsfraktion Altenburger Land den kommunalpolitischen Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Frank Kuschel, einzuladen. Im Landratsamt des Altenburger Landes wurde gemeinsam mit weiteren LINKEN kommunalen Mandatsträgern ein gemeinsamer Informationsstand erarbeitet. Bedenken vor Ort konnten direkt mit Frank Kuschel diskutiert und größtenteils ausgeräumt werden. Für weitere Hinweise zeigte sich der Landtagsabgeordnete dankbar und nahm diese für die weitere Diskussion mit nach Erfurt.

In seinem Vortrag informierte Frank Kuschel über den aktuellen Stand. Der Zeitplan für die parlamentarische Lesung ist eng geschmürt. So soll bereits am 23. Februar das Vorschaltgesetz ins Plenum eingebracht werden und am 01. Juli 2016 in Kraft treten. Inhaltlich orientiert sich das Gesetz am Leitbild und ermöglicht den Kommunen, in einer Freiwilligkeitsphase eine Verwaltungs- und Gebietsreformen zu vollziehen.

Die Reform hat leistungsfähige Kommunen zum Ziel. Dies ist durch eine Mindestanzahl an Einwohnern in einer Kommune zu erreichen. Es ist nicht effizient, wenn Gemeindeämter



Foto: Archiv DIE LINKE Altenburger Land

eine geringe Zahl an Einwohnern versorgen müssen. Dann müssen sehr wenige Verwaltungsangestellte eine Vielzahl von Aufgaben wahrnehmen. Bei besonderen Verwaltungsvorgängen fehlt oft die Erfahrung, um schnelle Lösungen anzubieten. Externe Berater, die dann hinzugezogen werden, kosten die Gemeinden viel Geld und haben oft keinen Bezug zu den Einwohnern vor Ort. Bei 571 Gemeinden in Thüringen mit weniger als 1.000 Einwohnern wird der Reformbedarf deutlich. Im Leitbild wird jede Gemeinde ein zentraler Ort, was sich durch Gemeindefusionen verwirkli-

chen lässt. Größere Gemeinden sind flexibel bei ihrer Aufgabenwahrnehmung und können die Lasten auf mehrere Schultern verteilen. Es gab direkte Zustimmung von Teilnehmern der Veranstaltung, welche bereits Erfahrungen mit fusionierten Gemeinden haben. Als Beispiel wurde die Kinderbetreuung herangezogen, welche bei krankheitsbedingtem Ausfall stets aufrecht erhalten werden kann, da man sich unbürokratisch und schnell gegenseitig Hilfe ermöglicht.

Das Gebilde der Verwaltungsgemeinschaften (VG) ist ein Auslaufmodell. Nach Ideen der LINKEN

Landtagsfraktion soll für diese eine Übergangsphase von fünf bis zehn Jahren möglich sein. Voraussetzung hierfür sind mindestens 10.000 Einwohner in der VG, die Mitgliedsgemeinden müssen alle leistungsfähig sein und der Fortbestand durch einen Bürgerentscheid gewünscht. Es ist abzuwarten, ob dieser Vorschlag der Übergangsphase mehrheitsfähig wird.

Klärungsbedarf in der Koalition gibt es unter anderem noch bei der Rang- und Reihenfolge der Reform. Die Debatte dreht sich um die Frage, ob erst Verwaltungsstrukturen und in Folge die kommunalen Gebiete geändert werden oder ob gemeindliche Veränderungen der Verwaltungsstruktur vorgeschaltet sind.

In der abschließenden Diskussion gab es viel Zustimmung für das Reformvorhaben. Angeregt wurde die mögliche Zukunft der Landratsämter diskutiert, welche ihre Aufgaben ohne Publikumsverkehr erfüllen könnten. Durch eine Kommunalisierung und Aufgabenentzerrung mit einer direkten Finanzierung vom Land könnte der ständige Kampf um die Höhe der Kreisumlage ein Ende finden.

Ralf Plötner, Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion und stellvertretender Vorsitzende des KOPOFOR Thüringen, bedankte sich herzlich bei Frank Kuschel für seinen Besuch in Altenburg und wünschte für die parlamentarische Beratung viel Erfolg.

Gestalten wir Kommune: Ermutigung zum internationalen Frauentag 2016

Von Heidrun Sedlacik

Wir Frauen wissen, was wir wollen, und es ist ganz einfach, unsere Wünsche zu verstehen. Wir wollen ein erfülltes Leben. Wir wollen nicht über unser Geschlecht definiert werden. Wir wollen gleich viel Kohle für gleichwertige Arbeit. Eine gerechte Aufteilung der bezahlten und der unbezahlten Pflichten. Wir wollen Liebe, Lust und Leidenschaft, aber nicht um den Preis der Unterordnung. Wir Frauen wollen ein erfülltes Leben, in dem unser Verstand und unsere Gefühle, unser Ehrgeiz, unsere Kreativität, unser Bedürfnis nach Anerkennung, unser Wunsch nach sinnvollen Aufgaben, aber auch unsere materiellen Bedürfnisse nicht zu kurz kommen. Wir Frauen müssen diese Gesellschaft mitgestalten und wir wollen mitbestimmen, in Politik und Wirtschaft und Kunst und Kultur, und zwar mit den gleichen Entscheidungsbefugnissen und Gestaltungsmöglichkeiten wie Männer.

Wir wissen, was wir wollen. Das heißt aber noch nicht, das wir es auch kriegen. Denn nur im Kampf um den Frieden können unsere Wünsche wahr werden. Zu allen Zeiten ist der Internationale Frauentag auch ein Kampf- tag für den Frieden gewesen.



Ein bewegendes Jahr mit vielen sozialen Verwerfungen, Kriegen, Umstürzen und Katastrophen liegt hinter uns, auch als Folge von Klima- und Umweltzerstörung, Verfolgung und Vertreibung. Die Solidarität mit den Flüchtlingen und die konkrete Hilfe der vielen Ehrenamtlichen ist gigantisch und macht uns Mut!

Ein gegeneinander Ausspielen – sei es in der Wohnungsfrage oder bei Sozialleistungen – lassen wir nicht zu! Gerade deshalb fordern wir deutlich mehr staatliche und behördliche Leistungen. Ebenso fordern wir sicheren Aufenthalt und ein Asylrecht auf an-

tifaschistischer Grundlage! Weg mit Regelungen wie „Drittstaaten“ und „sicheren Herkunftsstaaten“!

Auch wenn es schwer ist, will ich Mut machen, dass wir viel tun können, um mit Zuversicht in die Zukunft zu sehen. Vielleicht sind es am ehesten solche Situationen aus unserem konkreten politischen Alltag, die uns Mut machen, weiter mit LINKS zu versuchen, das Leben menschlicher zu gestalten, statt uns ins Private zurückzuziehen.

Es gibt kaum einen Bereich, der nicht von den globalen Verhältnissen durchkreuzt ist – seien es die Arbeits-

verhältnisse, der Konsum, die Medien, das kulturelle Zusammensein, die geflüchteten Menschen in unserer Nachbarschaft: Das Private ist politisch!

Als amtierende Vorsitzende des KOPOFOR möchte ich Euren Blick auf die Frauen und Männer lenken, die in kommunalen Ämtern ihre LINKE Stimme erheben, um soziale Ungerechtigkeiten öffentlich zu machen. Die Kommunen brauchen diese Stimmen. Ob als Seniorin, Krankenschwester, Verkäuferin, als Musikerin oder in prekären Jobs, ob in der Pflege, im Ehrenamt, im sozialen Umfeld – Frauen leisten Tag für Tag Großartiges für ein solidarisches, lebendiges und kreatives Gemeinwesen.

Die Anerkennung dafür bleibt noch zu oft auf der Strecke. Das KOPOFOR will dazu beitragen, dass der Internationale Frauentag ins öffentliche Bewusstsein zurückgeholt wird und freut sich auf die Vergabe der Frauenpreise 2016 im Erfurter Rathaus. Dabei werden Projekte und Initiativen gewürdigt, die die Lebensbedingungen von Frauen verbessern, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft befördern oder anderen Frauen Vorbild und Anregung geworden sind.

Foto: Heidrun Sedlacik

Mobil sein auch mit wenig Geld

Von Matthias Bärwolff

Mobilität ist eine der Grundvoraussetzungen für die heutige Gesellschaft. Ohne Mobilität geht nichts mehr. Dabei haben sich unser Mobilitätsverhalten und die Anforderungen, die wir an Mobilität stellen, stetig gewandelt und verdichtet. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) gerät aber immer weiter in den Widerspruch zwischen Wirtschaftlichkeit und Leistung zur sozialen Teilhabe, sowie als Beitrag zum Umweltschutz und auch zur Inwertsetzung von Grundstücken. Der Anteil der Nutzerfinanzierung steigt bundesweit und der Druck, Kostensteigerungen an die Fahrgäste weiterzureichen, führt in der Summe zu immer höheren Preisen.

Dass die Einkommen der ÖPNV-Nutzer nicht im gleichen Maß steigen, ist offensichtlich. Wenn man sich die finanziell schwächsten Nutzergruppen des ÖPNV vor Augen hält: SeniorInnen, Studierende, Erwerbslose, prekär Beschäftigte, MigrantInnen, wird klar, dass sie unter viel größerem finanziellen Druck leben. Der Regelsatz für ALG-II-EmpfängerInnen ist seit Jahren auf einem unverschämten niedrigen Niveau und die Leistungen für Flüchtlinge oder Menschen in prekärer Beschäftigung sind oftmals an so

vielfältige Bedingungen geknüpft, dass die Betroffenen sie gar nicht in Anspruch nehmen.

Sozialtickets sind eine Maßnahme, um diesen Bevölkerungsgruppen Mobilität zu bezahlbaren Preisen in angemessener Qualität zur Verfügung zu stellen. Verschiedene Städte haben dazu verschiedenste Modelle gewählt. Meist kauft eine Kommune bei einem ÖPNV-Anbieter rabattierte Monatskarten und gibt sie mit dem Rabatt an die Betroffenen weiter. Städte und Gemeinden können dies aber nur, wenn sie auch entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung haben.

Auch in Erfurt und Weimar gibt es Sozialtickets, die nicht zuletzt auf Druck von Erwerbslosen eingeführt wurden. DIE LINKE hat sich vielfach in Thüringen für Sozialtickets eingesetzt und konnte sie in vielen Städten durchsetzen. Allerdings ist das Sozialticket eine freiwillige Leistung und steht somit unter besonderem Haushaltsvorbehalt. In Zeiten vorläufiger Haushaltsführungen und knapper kommunaler Kassen kann ein Oberbürgermeister solch eine wichtige sozialpolitische Maßnahme schnell beerdigen. Weimar bietet ein Beispiel dafür, wie ein politisch nicht gewolltes Sozialticket immer wieder torpediert wird. Sozialtickets gibt es da immer nur als Saisonware, je nach-

dem, ob ein Haushalt beschlossen wurde und wann die nächste haushaltslose Zeit beginnt. Den Mobilitätsbedürfnissen, derer, die auf das Sozialticket angewiesen sind, kommt das nicht entgegen. Auch die Streitigkeiten um das Erfurter Sozialticket zeigen, wie die NutzerInnen auf Unsicherheiten reagieren. So ging die Anzahl der NutzerInnen im Sommer 2015 nach einem Beschluss zum Sozialticket und einem neuen, für sie schlechteren Berechnungssystem steil bergab. Weniger als 50 Prozent der bisherigen NutzerInnen haben die Umstellung mitgemacht. Für die Gegner des Sozialtickets bedeutet dies: Es wird nicht gebraucht und kann als Fi-

nanzierungsquelle für andere Projekte erhalten. Das Sozialticket ist und bleibt umkämpft!

Um das Sozialticket aus dem Korsett zwischen städtischen Haushalt und ÖPNV-Anbieter zu befreien, wäre es denkbar, es auf der Ebene des Verkehrsverbundes Mittelthüringen (VMT) anzusiedeln, denn die Gestaltung der Tarife wird auf dieser Ebene vorgenommen. Ob und wie ein solches Ticket dann zu finanzieren wäre, ist abhängig von den konkreten Mehrleistungen für den ÖPNV, denn auch Fahrpreise sind politische Preise. Auf diese Weise könnte man den ÖPNV stärken und gleichzeitig für sozialen Ausgleich und mehr Teilhabe sorgen.



Foto: Maren Beßler/pixelio.de

Weimar: 370 Unterschriften für Sozialticket trotz Haushaltssperre

Von Hans-Peter Henning

Das Sozialticket ist eine ermäßigte Monatskarte für finanziell benachteiligte Menschen, deren Einkommen unter dem Existenzminimum liegen, insbesondere für ALG-II-Empfänger nach SGB II. Mit dem Ticket kann man für die Hälfte des regulären Fahrpreises den Öffentlichen Personennahverkehr nutzen.

Das ist wichtig, um den finanziell nicht gut ausgestatteten Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, und soziokulturellen Leben einer Kommune zu gewährleisten. Dazu gehören zum Beispiel Fahrten zum Arzt, ins Theater oder andere wichtige Angelegenheiten. Das Ticket verhindert die Ausgrenzung dieser Menschen am täglichen Leben. Bei ihrem begrenzten Budget können sie sich keine teure Monatskarte zum doppelten Preis leisten.

Da im vergangenen Jahr der Haushaltsbeschluss der Stadt Weimar erst im August bestätigt wurde, mussten die über 5000 Berechtigten fast acht Monate auf die Ausgabe des Tickets warten. Das brachte mich auf die Idee, dieses Verfahren in diesem Jahr zu beschleunigen. Ich regte eine Unterschriftenliste in der AG Sozialticket an, durch die einmal mehr die Notwendigkeit des Sozialtickets durch die Unterzeichner bekräftigt werden sollte. Aus der bitteren Erfahrung des vergangenen Jahres heraus

wollten wir den Stadtrat auffordern, das Sozialticket dauerhaft zu sichern, so dass nicht wieder ausgerechnet die Ärmsten der Gesellschaft unter den widrigen Umständen der Politik, sprich der haushaltslosen Zeit, zu leiden hätten und mehrere Monate auf das für sie so wichtige Monatsticket warten müssten. Damit sollte die vorprogrammierte wie unweigerliche Ausgrenzung der Betroffenen vom Leben in der Stadt rechtzeitig unterbunden werden.

So entstand der Gedanke, einen Einwohnerantrag nach Paragraph 16 (1) der Thüringer Kommunalordnung (ThürKo) zu stellen. Mindestens 300 Unterschriften waren dafür erforderlich. Die Unterschriftensammlung startete mit Hilfe vieler Unterstützer. Im Ergebnis dieser kurzfristigen Aktion konnte ich, als Initiator und inzwischen selbst Betroffener, zur Stadtratssitzung am 27. Januar dem Oberbürgermeister der Stadt Weimar, Stefan Wolf (SPD) 370 Unterstützert Unterschriften übergeben. Der OB wurde aufgefordert, schnellstmöglich das Thema Sozialticket wieder auf die Tagesordnung des Stadtrates zu setzen, damit der Stadtrat eine Lösung findet, durch welche die Betroffenen auch in der Zeit, in der die Stadt über keinen genehmigungsfähigen Haushalt verfügt, in den Besitz ihres Tickets kommen können – auch wenn es sich bei dem Ticket um eine sogenannte freiwillige Leistung der Kommune nach Paragraph 2, Abs. 2

der ThürKo handelt, die es generell nicht erlaubt, während der haushaltslosen Zeit Leistungen wie diese zu finanzieren. Doch so wird ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung

vom Alltag abgekoppelt und verkümmert, mit Verlaub gesagt, in separaten Stadtvierteln. Und genau das wollte ich mit meinem Antrag verhindern.

Jena: Bleibt die Ermäßigung?

Von Dr. Gudrun Lukin, MdL

Der Antrag der Jenaer Stadtfraktion von Die LINKE, für alle Ermäßigungsberechtigten die Erhöhung der Einzelfahrscheine ab dem 1. Januar 2016 auf zwei Euro abzufedern, kreist gegenwärtig noch durch die Ausschüsse und soll erst mit dem Nachtragshaushalt beraten werden.

Mehrere Jahre lang hatte der Jenaer Stadtrat über einen Haustarif die Stützung der Sozialtarife für Inhaber des Jenapasses oder der Jenabonus-Card geregelt. Anspruch haben gegenwärtig Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrentner mit Anspruch auf Wohngeld, Bezieher von Leistungen des Bundeskindergeldgesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes, von ALG II, nichterwerbsfähige Mitglieder in Bedarfsgemeinschaften, Sozialhilfeempfänger in Heimen und Empfänger von Grundsicherung. Über eine Chipkarte können sie ein Punkteguthaben aufladen und rabattiert Einzelfahrskarten, Monatskarten bzw. Schüler-Azubimonatskarten kaufen.

Bis 2013 konnten in Jena Bürger

mit geringen Einkommen Fahrscheine zur Hälfte des regulären Preises kaufen. Die dafür notwendige Stützung in Höhe von 300.000 Euro stellte die Stadt dem Nahverkehrsbetrieb aus Haushaltsmitteln zur Verfügung. Eine solche Möglichkeit, Sozialtarife durch Eigenfinanzierung anzubieten, hat jede im Verkehrsverbund Mittelthüringen (VMT) organisierte kommunale Gebietskörperschaft. 2010 war der Versuch der Stadt gescheitert, darauf hinzuwirken, dass der VMT den damals existierenden Sozial-Haustarif Jenas (50 Prozent Ermäßigung) als Verbundtarif einführt.

Leider wurde 2013 auch in Jena wegen der schwierigen Haushaltslage die Ermäßigung auf 40 Prozent reduziert. Seit 2015 beträgt der Rabatt trotz des Protestes unserer Stadtfraktion nur noch 25 Prozent. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass alle Bürger Bus und Bahn nutzen können, sowohl auf Stadt-, VMT- oder Landesebene. Sie sind nicht nur die sichersten, sondern auch klimafreundlichsten Verkehrsmittel.

Wie gelingt Inklusion in den Kommunen?

Von Stanislav Sedlacik, Weimar

Den Begriff Inklusion habe ich schon gehört. Aber was steckt dahinter? Am Samstag, dem 23. Januar, fand zu dem Thema im Landtag eine Veranstaltung vom Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V. statt. Neugierig fuhr ich hin. Politiker, Fachleute und Vertreter von Vereinen haben mir bei dieser Veranstaltung klar gemacht, was Inklusion bedeutet und wie schwierig ihre Umsetzung in den Kommunen ist.

Wörtlich übersetzt bedeutet Inklusion Zugehörigkeit, also das Gegenteil von Ausgrenzung. Wenn jeder Mensch, mit oder ohne Behinderung, überall dabei sein kann – in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, in der Freizeit – dann ist das gelungene Inklusion.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am 13. Dezember 2006 eine Behindertenrechtskonvention, also ein Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, beschlossen. Deutschland hat diese Vereinbarung mit unterzeichnet. Seit 26. März 2009 gilt in Deutschland das Gesetz „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“.

Ich habe mich gefragt, wie viele Menschen in der Bundesrepublik das



Was ist Inklusion? Veranstaltung im Landtag

Foto: Archiv KOPOFOR

wohl betrifft. Aus einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes erfuhr ich: 2013 lebten in Deutschland 10,2 Millionen Menschen mit einer amtlich anerkannten Behinderung. Im Durchschnitt war somit gut jeder achte Einwohner (13 Prozent) behindert. Mehr als die Hälfte davon (52 Prozent) waren Männer. Der größte Teil, zirka 7,5 Millionen Menschen, war schwerbehindert, 2,7 Millionen Menschen lebten mit einer leichteren Behinderung. Gegenüber 2009 ist die Zahl der Menschen mit Behinderung um sieben Prozent beziehungsweise

673.000 Personen gestiegen. Behinderungen treten vor allem bei älteren Menschen auf: So waren 73 Prozent der behinderten Menschen 55 Jahre oder älter. Diese hohe Anzahl überraschte mich doch sehr. Was muss also getan werden, um die Inklusion, diese wichtige Aufgabe, umzusetzen? Die Umsetzung der Inklusion kann nur durch das Zusammenwirken von allen gesellschaftlichen Akteuren und der Politik gelingen, darin waren sich die Teilnehmer der Veranstaltung einig.

Joachim Leibiger hat als Thüringer

Beauftragter für Menschen mit Behinderungen an der Veranstaltung aktiv teilgenommen. Er ist blind und er bereicherte als Betroffener die Diskussion mit seinem Fachwissen, seiner kämpferischen Natur und seinen Vorschlägen zur Inklusion.

Karola Stange, (DIE LINKE), Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik, erläuterte die politische Situation betreffend der Umsetzung des „Thüringer Gesetzes zur Gleichstellung und Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderungen (ThürGIG)“. Klar war: Es gibt noch viel zu tun.

Die Berichte und die Diskussion zur Umsetzung der Inklusion in Erfurt, Weimar, Jena und Arnstadt zeigten, dass nur mit engagierten hauptamtlichen Mitarbeitern in der Kommune Erfolge zu verzeichnen sind. Das Ehrenamt allein kann das nicht leisten, es fehlen das Fachwissen und die Kontakte in den betroffenen Ämtern der Kommune, um bestehenden Ausgrenzungen von Bürgern mit Behinderungen entgegenzuwirken. Die Teilnehmer sind mit vielen Anregungen nach Hause gefahren. Und haben den Vorschlag vom KOPOFOR begrüßt, sich in zwei Jahren wieder zu treffen, um Bilanz zu ziehen, welche Schritte in den Kommunen erfolgreich umgesetzt werden konnten.

Termine

Wie schreibe ich eine Pressemitteilung?

Wann? Freitag, 18. März, 18.00 bis 21.00 Uhr

Wo? Mehrgenerationenhaus, Langenfelder Straße 8, 36433 Bad Salzungen

Referent? Dr. Sebastian Haak, freier Medienjournalist

Pressemitteilungen sind nach den persönlichen Gesprächen mit Journalisten das wichtigste Instrument im politischen Raum, um Informationen in eine Redaktion oder die Öffentlichkeit zu bringen – von der Ankündigung einer Veranstaltung bis hin zum verdeutlichen eines politischen Standpunktes. Ziel des Workshops ist es, den Teilnehmern zu zeigen, welchen formalen und inhaltlichen Kriterien eine gute Pressemitteilung genügen muss, um die Aufmerksamkeit der Presse zu bekommen. Denn mit einem werden Journalisten überschüttet: Pressemitteilungen. Nur Pressemitteilungen, die sich aus der Masse abheben, haben deshalb eine Chance, gelesen und dann vielleicht sogar in dieser oder jener Weise verbreitet zu werden.

Der Workshop richtet sich sowohl an Menschen, die noch nie eine Pressemitteilung geschrieben haben, als auch an Menschen, die das regelmäßig tun, dabei aber noch besser werden möchten. Der Workshop wird zu-

nächst einen eher theoretischen Teil haben, ehe die Teilnehmer in einem zweiten Teil selbst eine Pressemitteilung verfassen werden. Zudem wird es ausreichend Raum für Fragen aller Art zum Thema geben.

Planungsrechtliche Grundlagen

Wann? Samstag, 19. März, 10.00 bis 15.00 Uhr

Wo? Fachhochschule Erfurt, Altonaer Straße 25, Gebäude 1, Raum 1.2.10/12

Referent? Manfred Müser, Dipl.-Ing. der Raumplanung und Fachdozent für Bau- u. Planungsrecht

Kern der Veranstaltung ist das Vermitteln von planungsrechtlichen Grundlagen mit dem Schwerpunkt auf aktuellen Themenbereichen der Kommunalpolitik in Thüringen.

Ausgangspunkt ist die Diskussion um eine durchzuführende Gebietsreform in Thüringen. Dieses emotionale Thema betrifft nicht nur die BürgerInnen persönlich und ändert auch für die KommunalpolitikerInnen die Zuständigkeiten, sondern ist vor allem die Grundlage für die zukünftige räumliche Struktur des gesamten Bundeslandes. Welche Stadt wird Kreisstadt, welche Stadt bekommt welche Funktionen und welche Gemeinde soll nicht mehr weiter wachsen und erhält deshalb keine Baugebiete mehr?

Hinzu kommt mittelfristig die Frage nach der Unterbringung von Flüchtlingen und deren nachkommenden Familien. Es wird neuer sozialverträglicher Wohnraum benötigt, was im



**Das KOPOFOR ist umgezogen! Unsere neue Adresse lautet:
Trommsdorffstraße 4, 99084 Erfurt**

Widerspruch zum restriktiven Umgang mit Flächenverbräuchen steht. Darüber hinaus darf man sich sicher sein, dass Aldi, Lidl und Co. bereits genaue Vorstellungen haben, an welchen Standorten sie die Versorgung der Bevölkerung gerne haben wollen.

Die freie Wirtschaft wartet nicht auf bürokratische Entscheidungen, sondern versucht, die Wachstumschancen rechtzeitig zu nutzen. Deshalb ist hier zu diskutieren, wie ich als KommunalpolitikerIn Einfluss nehmen kann, damit keine Gewerbegebiete ohne Gewerbe mehr entstehen und Einzelhandelsgeschäfte in der Größe auch zur Gemeinde passen.

Für den letzten Abschnitt werden vom Referenten Fallbeispiele aus Thüringen vorgestellt. Gern werden dafür auch die Vorschläge der TeilnehmerInnen entgegen genommen.

Foto: Andreas Hermsdorf pixelio.de

Sie wollen weitere Informationen zu den Vereinsaktivitäten des KOPOFOR oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e. V.
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt

Telefon: 0361/54 12 83 89
Fax: 0361/54 15 11 42
E-Mail: info@kopofor-thuer.de
Internet: www.kopofor-thuer.de

Das KOPOFOR Thüringen erhält als Bildungsverein, der der Partei DIE LINKE nahesteht, Zuwendungen des Freistaates Thüringen (Innenministerium).